

Der nächste Global Player

Indien wird noch in diesem Jahr das einwohnerstärkste Land der Welt werden. Der internationale Einfluss Neu-Delhis wächst

Von Thomas Berger



Der Subkontinent auf dem Sprung? Menschen auf einem Markt in der Altstadt von Delhi

Noch dieses Jahr wird Indien offiziell China als bevölkerungsreichstes Land der Erde überholen. Während in der Volksrepublik das Bevölkerungswachstum in jüngerer Vergangenheit deutlich abgenommen hatte und zuletzt sogar negativ ausfiel, kommt der südasiatische Nachbar noch immer auf ein Plus von 0,8 Prozent pro Jahr. Das macht an die 11,5 Millionen Menschen aus, so viel, wie die Bevölkerungen von Staaten wie Belgien, Jordanien oder Kuba insgesamt.

Zuletzt hat sich das Wachstum allerdings auch in Indien deutlich verlangsamt. 2021 war die Rate erstmals unter die Einprozentmarke gefallen. Noch in den 1970er Jahren hatte die indische Bevölkerung im Schnitt um 2,3 Prozent jährlich zugelegt, und auch im vergangenen Jahrzehnt lagen die Werte noch bei 1,3 bis 1,36 Prozent. Schon als Indien 1947 unabhängig wurde, war das Land bezüglich der Anzahl seiner Menschen ein Schwergewicht. Der erste Zensus im Jahr 1951 wies 361 Millionen aus. Diese Zahl hat sich seither nun auf 1,4 Milliarden beinahe vervierfacht. 1997 wurde die Milliardengrenze überschritten, aktuell kommen trotz der verringerten Quote allein pro Monat knapp eine Million Menschen hinzu.

Für die Ernährungssicherheit, gesundheitliche Fürsorge, sauberes Trinkwasser, Bildungschancen und berufliche Perspektiven zu sichern, ist eine enorme Herausforderung. Indien mag über 17 Prozent der Weltbevölkerung stellen und die fünftgrößte Wirtschaftsmacht auf dem Globus sein (Prognosen nach zu urteilen um 2030, wenn es Japan und die Bundesrepublik überholt haben dürfte, sogar Nummer drei), doch es kann seinem staatlichen Auftrag zur grundlegenden Versorgung seiner Bevölkerung bis heute nicht ausreichend nachkommen.

Schwieriger Kampf gegen Armut

Sowohl die seit 2014 unter Narendra Modi in zweiter Legislaturperiode regierende hindu-nationalistische Indische Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP) als auch die zuvor seit der Unabhängigkeit 1947 dominante sozialliberale Kongresspartei (Indian National Congress, INC) haben in dieser Hinsicht kläglich versagt. Das Land zählt in absoluten Zahlen nach wie vor die meisten Armen auf dem Planeten. Pauschal mag dies als Bankrotterklärung der politischen Klasse an sich herhalten. Gleichwohl verdient das Thema eine genauere Betrachtung. Richtig ist schließlich auch: Indien mag auf diesem Feld weniger erreicht haben als die Volksrepublik China, wo die extreme Armut inzwischen offiziell abgeschafft ist. Doch auch die indische Nation hat gerade seit der Jahrtausendwende einen großen Sprung hingelegt, der unter anderem zum Entstehen einer durchaus breiten Mittelschicht geführt hat, die grob mit etwa 250 bis 400 Millionen Menschen angegeben werden kann, je nachdem, wie die Kriterien für die Zugehörigkeit zur Mittelschicht definiert werden. Zudem haben weitere unzählige Millionen den Ausweg aus der gravierendsten Armut geschafft.

Trotzdem wissen landesweit noch immer etwa 270 Millionen Männer, Frauen und Kinder kaum, wie sie die nächste Mahlzeit sichern sollen (die dann auch die einzige am Tag ist). 22 Prozent der Landesbevölkerung gelten nach jüngsten Angaben der Weltbank als arm.¹ Die Schar derer, die beispielsweise als Tagelöhner, Landarbeiter, Rikschafahrer oder Kleinstbauern über kein gesichertes regelmäßiges Einkommen verfügen, ist nach wie vor groß. Es ist nicht zuletzt der hohe Anteil des informellen Beschäftigungssektors ohne jegliche Sicherheiten, der in Indien bis heute so viele Millionen von der Teilhabe am doch so beträchtlichen ökonomischen Aufschwung ausschließt.

Zu den allgemein geltenden klassischen Regeln einer kapitalistischen Ökonomie – die früher dominanten genossenschaftlichen und staatsbetrieblichen Anteile sind stark zurückgegangen – kommt eine diskriminierende Abstufung hinzu, die kulturgeschichtlich-religiöse Gründe hat. Denn obgleich es inzwischen reichlich Ausnahmen gibt, stellen die Angehörigen der Dalits, die im hinduistischen Kastensystem auf der alleruntersten Stufe stehen, noch immer die Gruppe der Ärmsten. Es sind Menschen, denen selbst am Beginn der dritten Dekade des 21. Jahrhunderts in konservativen Dorfgemeinschaften nicht einmal die Nutzung des gleichen Brunnens zum Wasserholen gestattet ist. Fußend auf ihrer jahrhundertelangen Diskriminierung müssen viele von ihnen noch immer ihr Dasein als Latrinenputzer oder Leichenverbrenner fristen. Ähnlich ausgegrenzt sind in vielen Fällen die Adivasi, der indische Sammelbegriff für eine Vielzahl jeweils sehr eigenständiger indigener Gemeinschaften. Neben ihrem gesellschaftlichen Ausschluss haben sie vielfach mit dem Problem zu kämpfen, dass sie in Gebieten leben, die als wichtige Rohstofflagerstätten – Kohle, Bauxit, Eisen- und andere Erze – eingestuft sind. Neue Minen, gigantische Stahlfabriken oder Kraftwerke auf Adivasiland, das eigentlich laut Verfassung besonders geschützt ist und nur mit Zustimmung dieser Gemeinschaften genutzt werden darf, sind nach wie vor an der Tagesordnung.

Im Unionsstaat Odisha hatte eine breite Widerstandsbewegung 2017 vorübergehend einen Erfolg errungen. Nach zwölf Jahren Widerstand verabschiedete sich der südkoreanische Posco-Konzern von seinen Plänen, eine Stahlfabrik in einer stark von Adivasi geprägten Region zu errichten. Das Projekt wurde aber nicht beerdigt, vielmehr stieg der einheimische Konzern JSW Steel in die Planungen ein, so dass sich der Kampf gegen einen neuen Gegner mit unverminderter Intensität fortsetzt. 2019 hatte Kohle- und Bergbauminister Pralhad Joshi die Zielmarke ausgegeben, im demnächst anlaufenden Finanzjahr 2023/24 die Förderung durch die Coal India Limited (CIL) auf

über eine Milliarde Tonnen jährlich zu steigern.² Die größten bisher unerschlossenen Lagerstätten finden sich in Unionsstaaten wie Chhattisgarh, Jharkhand und Odisha mit überdurchschnittlich hohem Bevölkerungsanteil an Indigenen. Indiens beachtliche Industrialisierungsgeschichte hat sich selten um die Belange der Adivasi geschert. Vielleicht prominentestes Beispiel ist das schon Mitte der 1950er Jahre errichtete Stahlwerk in Rourkela (ebenfalls Odisha), das damals auch mit deutscher Hilfe mitten in den Urwald gesetzt wurde. 16.000 Dorfbewohner wurden dafür vertrieben. Auch für den gigantischen Sardar-Sarovar-Staudamm am Narmada waren dereinst über 100.000 Adivasi zwangsumgesiedelt worden.

Der altehrwürdige INC, der rund sechs Jahrzehnte auf nationaler Ebene allein oder als führende Kraft von Koalitionsregierungen an der Macht war, muss sich vorwerfen lassen, die Armut im Land nicht einmal annähernd überwunden zu haben. Die ab 1991 vollzogene neoliberale Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik mit ihrer Abkehr von Grundprinzipien aus der Ära des ersten Premierministers Jawaharlal Nehru und seiner Tochter Indira Gandhi leitete zwar erst das rapide Wachstum mit teilweise zweistelligen Kennziffern ein. Sie hängte aber auch bestimmte Bevölkerungsgruppen nahezu komplett von Aufschwung und Modernisierung ab. Dass in vielen Bundesstaaten Zentralindiens eine neue maoistische Bewegung seit zwei Jahrzehnten große Unterstützung genießt, ist ein Resultat dieser Entwicklung.³

Die BJP, rund um die Jahrtausendwende schon einmal kurzzeitig mit einer breiten Koalition an der Regierung, hat unter Modi das neoliberale Wachstumsmantra endgültig zur Staatsideologie erhoben. Die Hindu-Nationalisten konnten 2014 vor allem deshalb einen so triumphalen Wahlerfolg einfahren, weil viele Menschen ungeachtet ihrer sozialen oder gesellschaftlichen Verankerung das Vorbild Gujarat vor Augen hatten: In dem westindischen Unionsstaat war Modi zuvor zehn Jahre Chefminister und hatte ihn zum Motor der nationalen Wirtschaftsentwicklung gemacht. Es war das Heilsversprechen, dies auf das gesamte Land zu übertragen, das ihm die Wähler zutrieb. Das wog damals schwerer als alle Vorbehalte gegen ihn selbst und die BJP, nicht zuletzt wegen der antiislamischen Pogrome in Gujarat im Jahr 2002, die mehr als 2.000 Menschen das Leben kosteten. Wenngleich Modi inzwischen ein Stück entzaubert worden ist, hält diese Hoffnung ungehindert an. Er gilt nach wie vor als »Macher« und Wirtschaftsförderer. Dabei hat sich unter seiner Regentschaft die Schere zwischen Arm und Reich noch deutlich weiter aufgetan. Gautam Adani, der nun etwas ins Strudeln gekommene vormals reichste Mann des Landes, ist nur einer unter vielen Milliardären und weiteren Superreichen, die ihren Aufstieg ganz wesentlich Modi und der BJP zu verdanken haben. Deren Regierungen haben konsequent letzte Kappungshürden für ausländische Investitionen zurückgefahren. Zudem wird mit Macht (und Gesetzeskraft) die gewerkschaftliche Organisation in Betrieben behindert, die wegen der großen Zahl informeller Beschäftigter ohne Arbeitsvertrag ohnehin schwierig ist. Auch Förderprogramme wie das MGNREGA-Programm wurden empfindlich beschnitten. MGNREGA (der Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act) war für Millionen Menschen in den ländlichen Regionen ein Hoffnungsschimmer, erhielten sie doch damit wenigstens 100 Tage im Jahr für ein Familienmitglied Arbeit, zum Beispiel im Straßenbau, und damit ein schmales, aber sicheres Einkommen.

Großmachtambitionen

Für Modi ist es ein besonderes Geschenk, unmittelbar vor dem Wahljahr 2024, in dem er eine dritte Amtszeit anstrebt (und nach aktueller Stimmungslage sowie den jüngsten Regionalergebnissen

durchaus erreichen könnte), nun zwölf Monate den Vorsitz der G20 innezuhaben. Das bedeutet für Indien, das mit dem eher informellen Staatenbund BRICS (zusammen mit Brasilien, Russland, China und Südafrika) global schon deutlich an politischem Gewicht gewonnen hat, einen weiteren Prestigegewinn, den die Strategen in Neu-Delhi keineswegs ungenutzt lassen werden. Zwar rumpelte es im heterogenen Fünferbündnis BRICS zuletzt ein wenig, vor allem, weil gerade Indien und China trotz allerlei gemeinsamer Interessen eben auch starke Konkurrenten sind, die zudem (zuletzt im Vorjahr) gefährlich eskalierende Grenzstreitigkeiten im Himalaja haben. Doch seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine vor einem Jahr hat sich Indien ebenso wie andere wichtige Länder aus dem globalen Süden nicht in die Sanktions-, Abgrenzungs- und Verurteilungsfront des Westens gegenüber Moskau einspannen lassen, sondern in zentralen Abstimmungen zumeist enthalten und versucht, eine eher neutrale Position einzunehmen.

Dass Modi, der vormals persönlich besonders gut mit Ex-US-Präsident Donald Trump konnte, aber seither eine deutlich unabhängigere Linie fährt, zugleich im Westen nicht als Partner Putins wahrgenommen wird, mag sich für ihn auszahlen. Indien unterhält zwar deutlich engere Beziehungen zu Washington als früher (so auch im neuen, gegen China gerichteten Militärbündnis Quad zusammen mit Australien und Japan). Doch ein Rest der stets unabhängigen Außenpolitik Neu-Delhis, von Nehru einst als Mitbegründer der Blockfreienbewegung angeschoben, hat sich bis heute erhalten. Für Modi zählt dabei keineswegs per se das Bewahren einer guten Tradition. Es geht dem BJP-Spitzenmann schlicht um wirtschaftliche Eigeninteressen wie Indiens starke Abhängigkeit von Russland in Energiefragen. Eine extreme Abnabelung, wie sie EU-Europa gerade forciert, ist mit ihm nicht zu machen. In diesem Kurs hat er sogar völlig ungeachtet parteipolitischer Bindungen einen Großteil seiner Bevölkerung klar hinter sich.

Für den 72jährigen, der es vom Teeverkäufer zum Staatsmann geschafft hat, geht es schon länger darum, Indien als weitere regionale Großmacht im globalen Bewusstsein zu verankern. Mit China, das Abermilliarden in sein Dekaden überspannendes Megaprojekt »Neue Seidenstraße« (Belt and Road Initiative, BRI) investiert,⁴ in das inzwischen weit über 100 Länder eingebunden sind, kann der südasiatische Nachbar zwar an Wirtschaftskraft und finanziellen Reserven noch längst nicht mithalten. Dennoch hat Indien gerade in der Coronapandemie mit Millionen Impfstofflieferungen nicht nur an benachbarte Staaten, sondern auch an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterstrichen, dass es international Verantwortung übernehmen will. Selbst in Afrika ist die indische Außen- und Wirtschaftspolitik (wenngleich mit einem gravierenden Gefälle zum wachsenden chinesischen Einfluss) seit einigen Jahren mit neuer Kraft vertreten. Das symbolträchtige Anknüpfen an alte Süd-Süd-Solidarität in vollmundigen Erklärungen ist aber auch in diesem Fall nur schöne Fassade, die davon ablenken soll, dass es um knallharten Wettbewerb geht.

Bei seinem vier Länder umfassenden Afrikatrip 2018 hatte Modi in einer Rede vor dem ugandischen Parlament zehn Kernpunkte des indischen Agierens in Afrika formuliert. Von einer »Toppriorität« des Nachbarkontinents sprach er ebenso wie von offenen Märkten, Verbesserungen der Leistungskraft afrikanischer Landwirtschaft, Zusammenarbeit bei Herausforderungen des Klimawandels und in Sicherheitsfragen, freien Weltmeeren sowie dem gemeinsamen Kampf für eine »gerechte, repräsentative und demokratische Weltordnung«, die eine angemessene Rolle für das Drittel der Erdbevölkerung vorsehe, das in Indien und Afrika lebt. Die mangelnde Belastbarkeit dieser Aussagen zeigte sich dann unter anderem bei den letzten beiden Weltklimakonferenzen, als Indien aufgrund seiner Kohleförderung als einer der stärksten Bremser hinsichtlich ambitionierter

Zielsetzungen agierte – gegen die Bedürfnisse gerade auch vieler afrikanischer Staaten, die schon heute unter den Folgen der globalen Erwärmung besonders leiden.

G20-Präsidentschaft

»Eine Erde, eine Familie, eine Zukunft«, so hat Indien, ausgehend von einem alten Sanskrittext, äußerst symbolträchtig seine G20-Präsidentschaft überschrieben, die am 1. Dezember 2022 begonnen hat. Höhepunkt wird der Gipfel im September in Delhi sein, zu dem neben den direkten Mitgliedern des 1999 ins Leben gerufenen Bündnisses insgesamt 43 Delegationen erwartet werden. Im Laufe des Jahres gibt es darüber hinaus rund 200 Arbeitstreffen unterschiedlicher Art, die der Gastgeber bewusst über 50 Städte streut, um die Vielfalt des eigenen Landes zu verdeutlichen. Eine neue Arbeitsgruppe startet, um sich mit Plänen für bessere Katastrophenschutzkonzepte zu befassen. Neben der weiteren Arbeit an den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG) soll das große Thema Umwelt und Klimaschutz eine zentrale Rolle spielen, so hat es die Modi-Regierung angekündigt. Mit »Life« (Lifestyle for Environment) hat man sogar einen eigenen Akzent eingebracht, um umweltfreundliche Praktiken in verschiedenen Lebensbereichen auf den Weg zu bringen. Digitalisierung und inklusives Wachstum sind weitere Säulen. Die Stabilisierung der Weltwirtschaft nach all den Verwerfungen, die zwei harte Coronajahre angerichtet haben, und vor dem aktuellen Hintergrund der Probleme vor allem mit enormen Preissteigerungen für Nahrungsmittel und Energie infolge des Kriegs in der Ukraine ist abseits all dessen ein zentraler Diskussionspunkt. Dass Indien nach dem Vorgänger Indonesien in einer Reihe mit dem nachfolgenden Brasilien in der Mitte eines Trios aus dem globalen Süden die Geschicke der mächtigen G20 leitet, sei eine »große Chance« für Weichenstellungen, wird von indischer Seite immer wieder betont.

Modi will für sich und Indien das Maximum aus der G20-Präsidentschaft herausholen. Einfach wird das nicht. Beim Außenministertreffen Anfang März ebenso wie eine Woche zuvor beim Treffen der Finanzminister kam keine gemeinsame Abschlusserklärung zustande – trotz großen Einsatzes der Gastgeber. Hinter verschlossenen Türen soll es ziemlich laut hergegangen sein, vermeldete das Wochenmagazin *The Week* unter Berufung auf Insider. Weder Finanzministerin Nirmala Sitharaman noch Außenamtschef Subrahmanyam Jaishankar konnten in ihren jeweiligen Runden den sich stetig vertiefenden Graben zwischen den USA und dem kollektiven Westen einerseits und Russland andererseits auch nur ansatzweise überbrücken. Modi war mit persönlichen Appellen per Videobotschaft zugeschaltet. Die im Motto der indischen Präsidentschaft beschworene Einheit der Weltgemeinschaft könnte nicht weiter entfernt scheinen.

Dabei knüpft gerade der globale Süden die Hoffnung an den indischen G20-Vorsitz, Themen anders als bisher zu gewichten, Ansätze zur Regulierung der Weltwirtschaft mehr in seinem Sinne zu interpretieren und neokolonialen Tendenzen etwas entgegenzusetzen. Versprochen ist von Indiens G20-Präsidentschaft auch eine starke Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen in die Beratungen. Ob dies erfolgt, bleibt abzuwarten – gerade Modi und die BJP haben sich in den vergangenen neun Jahren auf diesem Feld in keiner Weise hervorgetan, ganz im Gegenteil. Selten zuvor wurden in Indien so viele NGOs in ihrer Arbeit eingeschüchtert und gezielt behindert. Der Foreign Currency Regulation Act (FCRA) ist für die Regierenden eine verstärkt genutzte Stellschraube, um missliebige Vereinigungen von unterstützenden Finanzflüssen aus dem Ausland abzuschneiden, indem ihnen die Akkreditierung für das entsprechende Sonderkonto entzogen wird. Auch sonst tut sich die Regierung Modi besonders schwer mit Protestbewegungen im eigenen Land, mögen es nun

Adivasigruppen sein oder andere Marginalisierte. Und wenn nach außen hin davon die Rede ist, man wolle vor allem aus Indiens Vielfalt Kraft und Inspiration für effektive Ansätze zur Lösung globaler Probleme schöpfen, klingt das allein nach PR-Sprech. Schließlich haben BJP und die mit ihr verbündeten Kräfte des hindu-nationalistischen Lagers mit ihrer radikalen Ideologie in den vergangenen Jahren viel dafür getan, gerade diese Vielfalt zu unterminieren, Minderheiten zu drangsalieren und dem Land ihr Bild von »Bharat« (also Hindudominanz) aufzuzwingen.

Wachsende Wirtschaft

Dennoch ist und bleibt das aufstrebende Indien umworben. Gerade erst hat Australiens Premier Anthony Albanese in Begleitung zweier Minister sowie einer 30köpfigen Delegation aus Vorständen der größten Unternehmen und Bildungseinrichtungen für drei Tage in Ahmedabad, Mumbai und Delhi Station gemacht. Am 20. und 21. März folgte Japans Premier Fumio Kishida, dem es vor allem um die Stärkung des neuen Quad-Paktes ging. Zudem steht Japan aktuell der G7 vor. Kurz zuvor war Ende Februar für zwei Tage der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz bei Modi zu Gast – ebenfalls mit einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation im Schlepptau.

Der indische Regierungschef gefällt sich in der Rolle, die ihm bei all diesen Avancen zukommt. Denn nicht nur hinsichtlich der Einwohnerzahl führt schon jetzt kein Weg an Indien vorbei. Gleiches gilt in ökonomischer Hinsicht: Im am 31. März auslaufenden Finanzjahr 2022/23 dürfte die Wirtschaft um weitere 6,8 (indische Zentralbank und IWF) bis 7 Prozent (Asiatische Entwicklungsbank) zugelegt haben. Das ist zwar einiges weniger als die stolzen 9,1 Prozent des Vorjahres (gegenüber dem nunmehr bereinigten Minus von 5,7 Prozent 2020/21 am Beginn der Coronapandemie), aber unter den größten Volkswirtschaften wuchs die indische zuletzt am stärksten. Dass im letzten Quartal 2022 das Plus aber nur noch bei »mageren« 4,4 Prozent lag, über die sich manch andere Länder schon freuen würden, ist dennoch nicht nur für die Opposition ein Achtungszeichen. Für die große Masse der Armen, die zwischen den südlichen Himalajahängen, dem zentralindischen Hochland, den Slums der Megacity Mumbai und den Fischerdörfern am Indischen Ozean leben, wird es auch absehbar nicht besser werden.

Anmerkungen

1 Nach international verbindlichen Standards gilt derzeit als arm, wer umgerechnet weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag zur Verfügung hat.

2 Die CIL zeichnet für über 80 Prozent der nationalen Kohleförderung verantwortlich.

3 Der maoistische Aufstand erstreckt sich über Teile von einem Drittel der 28 indischen Unionsstaaten. Der Staat hat gegen die Bewegung drakonische Antiterrorgesetze aufgelegt, nach denen schon ein vager Verdacht ausreicht, um selbst vermeintliche Sympathisanten aus der Zivilgesellschaft ohne reguläres Verfahren zu inhaftieren, was auch Anwälte oder NGO-Vertreter bereits zu spüren bekamen.

4 Die BRI wurde von Präsident Xi Jinping 2013 aufgelegt. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf schätzungsweise eine Billion US-Dollar, 2021 waren es knapp 60 Milliarden, voriges Jahr 67,8 Milliarden in rund 200 Großprojekten.